Jour fixe vom 16.11.2026: Grundeigentum und Finanzkapital in China (GS 3-26)

Hintergrund des Artikels sind Pressemeldungen der letzten Jahre über die große Immobilienkrise in China, die hoffnungslose Überschuldung chinesischer Banken und darüber, wie sich der chinesische Staat an diesen Krisen abarbeitet. Der Artikel erklärt, wie es um das Eigentum an Grund und Boden in China bestellt ist und was das mit der Krise des chinesischen Bankensystems zu tun hat. Wie kommen Grund und Boden im *chinesischen* Kapitalismus in Abgrenzung zu üblichen kapitalistischen Verhältnissen vor?

— Die chinesischen Kommunisten haben mit der Wende zum Kapitalismus das Grundeigentum nicht wiedereingeführt, der Boden ist aber nicht einfach für jedermann zu nutzen. Stattdessen vergibt der Staat Landnutzungsrechte an die verschiedenen Wirtschaftssubjekte, die damit ihr Geschäft machen sollen.

Der chinesische Staat will eine kapitalistische Ökonomie explizit ohne die Klasse der Grundeigentümer, weil er deren Existenz für eine parasitäre Bereicherung hält, die er seiner Wirtschaft nicht zumuten will. Privateigentum an Boden lässt er daher nicht zu. Aber er stellt die Notwendigkeit von Grund und Boden als *Mittel* für kapitalistisches Wachstum, also für den Fortschritt der chinesischen Nationalökonomie fest. Darum kümmert er sich in der Form, dass er Nutzungsrechte vergibt, mit denen über das Land sehr wohl privat verfügt werden kann.

— Der Staat vergibt über seine Kommunen diese Rechte gegen Geld an private Wirtschaftssubjekte. An der Vergabe dieser Rechte verdienen staatliche Einheiten wie Kommunen usw. Streng genommen sind diese Rechte genauso nutzbar wie das Grundeigentum, wobei der Staat in gewissen Abständen auch wieder eingreift, um über die Preise und die Nutzung dieser Rechte neu zu entscheiden.

Was bezweckt die Kommunistische Partei Chinas, wenn sie den Übergang macht, nicht einfach Herr über Grund und Boden in China zu sein, sondern die diversen Untereinheiten des Staates bevollmächtigt, Landnutzungsrechte zu verkaufen?

— Für jede menschliche Tätigkeit wie Wohnen, Arbeiten, Landwirtschaft und Produzieren braucht es Grund und Boden. Dessen Benutzung soll Basis für eine private Bereicherung werden, was die KPCh „nachholende industrielle Entwicklung“ (S. 73) nennt. In China gab es keine Grundeigentümerklasse, sondern eine große Zahl von Bauern hat auf dem Land ein Stück Boden bewirtschaftet. Durch die Einführung von Bestimmungen zur Bodennutzung sollte der Zwang geschaffen werden, aus der Benutzung von Land Geld zu erwirtschaften.

Im Ausgangspunkt ist der chinesische Staat unzufrieden mit dem Zustand seiner Nation und will eine neue Entwicklung in die Wege leiten. In den Worten der KPCh heißt das „industrielle Entwicklung und Urbanisierung“. China soll zu einem anderen Land gemacht werden, als es zu Beginn dieses Umbruchs in großen Teilen noch war. Der größte Teil der Bevölkerung hatte sich darüber ernährt, dass er eine bäuerliche Existenz fristete. Diesen Zustand wollte der chinesische Staat überwinden, indem *er* es in die Hand nahm, mit einer anderen Art von Reichtumsproduktion die Nation voranzubringen.

Vom Standpunkt der Partei ist die Einführung des Kapitalismus eine *Methode* des Fortschritts in der Hand des Staates für die Entwicklung Chinas. Mit dem Vorhaben der KPCh, die *industrielle Entwicklung nachzuholen,* will sie nicht weniger als aus China ein Industrieland von der Statur Europas oder der USA zu machen. Es geht ihr nicht um die Einführung kapitalistischer Klassen, sondern darum, private Bereicherung zum Hebel für nationales Wirtschaftswachstum zu machen und damit eine Industrialisierung und Urbanisierung in Gang zu setzen.

— Im Unterschied zu vorherigen Industrialisierungsprojekten in China sollten jetzt die Untereinheiten des Staates Landnutzungsrechte verkaufen können. Denn die KPCh nahm nun Maß an dem Wirtschaftswachstum der Erstweltländer.

— Heißt das, dass in China „Industrialisierung und Urbanisierung“ gleichgesetzt war mit Wirtschaftswachstum, erwachsen aus dem Bedürfnis des chinesischen Staates, sich aus dem hinterwäldlerischen Zustand herauszuarbeiten?

Das Bedürfnis Chinas, mehr aus sich zu machen, fällt damit zusammen, dass konstatiert wurde, dass es hauptsächlich nur Bauern und Landwirtschaft gab und dass die bisherigen Versuche einer Industrialisierung beschränkt geblieben waren. China wollte sich von dem rückständig Bäuerlichen emanzipieren und eine moderne Industrienation werden. Dazu wurde die berühmte Parole „*Bereichert Euch!“* ausgegeben. Der Aufwuchs zur Industrienation sollte Resultat eines allseitigen Bemühens der ganzen Gesellschaft darum sein, sich selber zu bereichern, und so mit dem eigenen den nationalen Reichtum voranzutreiben.

— Das Industrialisierungsprojekt und die Urbanisierung waren schon unter Mao große Ziele, die Neuerung ist der Imperativ privater Bereicherung. Der Verkauf der Landnutzungsrechte sollte zum Sprungbrett für private Bereicherung werden. Das ist der Schritt in ein neues Wirtschaftssystem.

— Es ist ein neues System, das Land zu bewirtschaften. Im Zentrum stand, das staatliche Eigentumsrecht am Boden beizubehalten, den Boden also nicht zu Privateigentum zu machen, aber zur privaten Nutzung gegen Geld zur Verfügung zu stellen und das mit dem Aufruf zur privaten Bereicherung.

Gedacht war die Einführung dieses neues Wirtschaftssystems als die bessere *Methode*, die angestrebte Industrialisierung endlich zustande zu bringen. Daher ging es auch nicht einfach um privaten Nutzen. Der Staat nimmt bei der Erlaubnis der Benutzung eine Unterteilung in verschiedene Nutzungsarten von Grund und Boden vor: Industrie, Gewerbe und Handel sowie Wohnungsbau; Landwirtschaft kam zunächst nicht darin vor. Die Idee, verschiedenen Subjekten bestimmte Arten der Bodennutzung zu eröffnen, hat einerseits den Zweck, dass diese sich bereichern. Die Verfügung über den Boden ist dann Privatsache. Andererseits soll das die Methode sein, China zu etwas ganz Neuem zu machen, zu einem Land, in dem das industrielle Wachstum vorankommt.

— Dass der chinesische Staat verschiedene Nutzungsformen kennt, ist keine Besonderheit, das macht jeder Staat. Das Interessante ist, dass der Boden als Quelle privater Bereicherung dienen soll.

Die Vergabe von Landnutzungsrechten ist von vornherein an den Auftrag geknüpft, etwas Bestimmtes daraus zu machen, eben Industrieansiedlungen, Wohngebiete oder Handel und Gewerbe. Entsprechend sind die Nutzungsrechte mit unterschiedlichen Konditionen z.B. hinsichtlich der Nutzungsdauer ausgestattet. Damit als Industrieland ausgewiesene Flächen auch als solche genutzt werden, reicht außerdem die Möglichkeit des Erwerbs eines Nutzungsrechts nicht aus. Die Institutionen, die diese Rechte vergeben, müssen sich darum bemühen, die Flächen auch für den richtigen Nutzer interessant zu machen.

*

Der Artikel steigt auf S. 75 damit ein, dass der staatliche Auftrag der Landnutzungsvergabe an die unteren Staatsebenen für diese ein Konkurrenzmittel ist und dass die in ihrer Rolle als Grundherrn dieses Konkurrenzmittel auch massenhaft nutzen. Sie haben darin eine Finanzquelle, Mittel, die sie dafür einsetzen sollen, aus ihrer Region eine Erfolgsgeschichte kapitalistischen Wachstums zu machen, in Konkurrenz gegeneinander. Zu klären ist, was die Grundlage ihrer Finanzquelle ist und wie sie ihre Zuständigkeit für die Vergabe von Landnutzungsrechten für die Konkurrenz der Regionen gegeneinander als Hebel benutzen.

Der Ertrag, den die Kommunen und Regionen aus der Vermarktung der Landnutzungsrechte erzielen, ist das eine. Zudem sollen die verschiedenen staatlichen Unterabteilungen, also Kommunen, Städte oder Provinzen, ein Interesse daran haben, dass diese Flächen in einer Art und Weise genutzt werden, dass sie sich über die Verkaufsgebühren hinaus als permanente Einkommensquelle für sie bewähren. Das sollen sie dadurch leisten, dass sich

auf diesen Flächen moderne Industrieunternehmen ansiedeln, die den Kommunen oder Städten Einnahmen in Form von Steuern und Abgaben einbringen. Damit aber die Industrie sich dort ansiedelt, braucht es Vorleistungen.

— Ist damit gemeint, dass sie Grund und Boden erschließen müssen, also Strom, Gas, Wasser und Infrastruktur für die Industriebetriebe bereitstellen, die sie anlocken wollen?

Ja, denn der Verkauf von Landnutzungsrechten hat ja den Zweck, dass der Erwerber auf diesem Land eine lohnende Produktion aufbaut, von der die Kommune über den Verkaufserlös dieser Rechte hinaus etwas hat. Das hat zur Konsequenz, dass die lokalen Behörden nicht einfach nur über den Preis um die Ansiedlung von Industrieunternehmen konkurrieren, sondern den in Frage kommenden Unternehmen außerdem auch noch attraktive Konditionen anbieten, z.B. die vollständige Erschließung dieser Grundstücke, Sonderkonditionen bei Steuern usw.

Zur Erinnerung: Die Grundlage dafür, dass ein Landnutzungsrecht überhaupt einen Preis hat, ist, dass derjenige, der dieses Recht haben will, es als Grundlage für sein *Geschäft* braucht. Je nachdem, wie gut die Besonderheiten des Stück Landes, insbesondere seine Lage, seine Anbindung und Aufbereitung, für das bestimmte kapitalistische Geschäfte taugen, was also ein Kapitalist mit der Verfügung über dieses Land für die Steigerung der Produktivität seines Kapitals anstellen kann, ist der auch bereit, dafür einen mehr oder weniger hohen Preis zu bezahlen. Im Prinzip ist es wie beim Grundeigentum hierzulande, nur dass in China nicht eine Klasse von Grundeigentümern daran verdient, sondern dass die Regionen und Kommunen daraus ihre Finanzquelle machen können. Die konkurrieren in erster Instanz mit der Tauglichkeit und Lage der Grundstücke, die sie anbieten können, und in zweiter Instanz mit dem Ausmaß der Erschließung, Sonderkonditionen bei Besteuerung usw.

Die monopolistische Verfügung über ein Stück Land wird wie bei der Konkurrenz im hiesigen Kapitalismus nur dann zur Geldquelle, wenn ein Geschäftsmann darin einen vergleichsweisen Vorteil zu irgendeinem anderen Stück Land sieht. Dazu gehören die Nähe zu einem Fluss, einer Autobahn, zu einem Flugplatz, im Falle der Landwirtschaft muss es einen fruchtbaren Boden geben. Wenn sich daraus ein Vorteil für die Produktivität des eingesetzten Kapitals machen lässt, hat die Verfügung über ein Stück Land einen Wert.

— Der Vergleich mit hiesigen Verhältnissen ist schwierig, denn in China bleibt der Staat Eigentümer. Er verleiht den Lokalregierungen das Recht, die Nutzung von Grundstücken zeitlich befristet an private Interessenten zu verkaufen. Diese verfügen damit über exklusive Nutzungsrechte, besitzen das Grundstück selbst aber nicht. Über die Nutzungsrechte verschaffen sich die Lokalregierungen Einnahmen.

Darin besteht ja auch der Unterschied, dass der Staat mit seinen diversen lokalen Unterabteilungen das *maßgebliche Subjekt* für die Ankurbelung der Wirtschaftsentwicklung in China ist und bleiben will. *Er* erlaubt den Regionalregierungen, Nutzungsrechte an Grund und Boden zu verkaufen. Die Nutzer verfügen dann aber frei über diesen Grund und Boden. Zugleich behält sich der Staat jedoch vor, die Vergabekonditionen zu definieren und bei Bedarf wieder zu ändern, wenn das erwünschte Resultat nicht zustande kommt. Der Staat setzt damit ein wildes Konkurrieren der Kommunen um mögliche Ansiedlungen frei, das er – so das Prinzip seiner Planwirtschaft – bei einem unerwünschten Ergebnis dann auch wieder verbietet, einschränkt usw.

Dieses Verfahren ist ein planwirtschaftlicher Hebel für den Entwicklungsimperativ, den die chinesische Partei ihrem Land verordnet hat. Sofern ein privates Bereicherungsinteresse mit einem Stück Land etwas anfangen kann, sei es für Geschäfte oder Wohnen, ist es bereit, einen *Preis* für Bodennutzungsrechte zu zahlen, der wiederum umgekehrt der Kommune als Einnahmequelle für ihre lokalen Entwicklungsprogramme zu Verfügung steht. So sind die staatlichen Unterabteilungen im Land umfassend und im eigenen Interesse in die Realisierung des nationalen industriellen Aufbauprogramms eingebaut. Sie verschaffen sich darüber die Mittel und investieren entsprechend in regionale Strukturentwicklungsmaßnahmen, um ihre Regionen für Investoren möglichst attraktiv

auszubauen. Das hat immerhin dazu geführt, dass aus dem ehemaligen Agrarland China ein hochentwickeltes Industrieland mit Mega-Citys geworden ist.

*

Vorangetrieben und zumeist erst ermöglicht wurden diese regionalen Aktivitäten durch staatliche Kredite an die Kommunen sowie auch an Investoren, die eine industrielle Ansiedlung vorhaben, damit aus den Wachstums*bedingungen*, die die Kommunen schaffen, tatsächliches Wachstum wird. Auf diese Weise konkurrieren die Kommunen gegeneinander mit immer mehr Kredit um die Investoren und so kommt es schließlich zu einer Überschuldung der Kommunen, in deren Verlauf sie sich neue Finanzvehikel erschaffen haben.

— Ist mit Verschuldung gemeint, dass die Kommunen wegen ihrer wachsenden infrastrukturellen Erschließungskosten Kredite aufnehmen und dann nicht mehr in der Lage sind, diese rechtfertigen zu können, weil die zu erwartenden Steuereinnahmen erst in der Zukunft fließen? In China tritt in dem Fall die Staatsbank als Gläubiger auf.

— Die Finanznöte der Kommunen haben ihren Grund in den besonderen staatlichen Vorgaben und Restriktionen bei Kreditausweitungen. So kommen sie auf die Gründung kommunaler Bodenvermarktungsagenturen und eigener Banken, um diese staatlichen Vorgaben zu umgehen.

Die Kommunen verschulden sich für das Herstellen lokaler infrastruktureller Bedingungen für industrielles Wachstum in Spekulation darauf, aus den sich ansiedelnden Firmen später Steuereinnahmen und sonstige Abgaben für sich zu generieren. In *Konkurrenz* zu anderen Regionen wirtschaften sie sich auf diese Weise in eine immer größere Verschuldung hinein. Wann diese Schulden als zu viel gelten, entscheidet die Zentralgewalt, die der Kreditausweitung Grenzen setzt. Um darüber hinaus an den dringend benötigten weiteren Kredit zu kommen, entwickeln die Kommunen neue Finanzierungsquellen für ihren Erfolg in der lokalen Standortkonkurrenz.

— Die Fußnote 4 auf S. 75 verweist darauf, dass die regionalen Regierungen in den Boomzeiten durch den Verkauf von Nutzungsrechten einen Großteil ihrer Haushaltseinnahmen bestritten haben. Diese Einnahmen haben sie erst mal nichts gekostet, weil sie nur aus ihrem Eigentumsmonopol entstanden sind. Zugleich aber wird zum Ausdruck gebracht, dass diese Einnahmen überhaupt nicht ausreichen, um weitere Flächen für eine kapitalistische Benutzung zu erschließen.

In ihrer Konkurrenz gegeneinander sehen sich die Regionen gezwungen, die Preise zu senken oder in manchen Fällen auch Grundstücke zu verschenken, um in dieser Konkurrenz zu gewinnen. Insofern können ihre Einnahmen von Beginn an nicht ausreichen für den *Zweck*, auf den es den Kommunen ankommt, nämlich die erfolgreiche Industrialisierung und Urbanisierung *ihrer* Region.

*

Wie funktioniert die regionale Grundstücksentwicklung und Vermarktung durch Finanzvehikel, was machen die Local Government Financial Vehicles (LGFVs), die Bodenvermarktungsagenturen?

— Die Kommunen umgehen das Verbot der zu hohen Eigenverschuldung, indem sie lokale LGFVs gründen. Denen übertragen sie die Erstnutzung der Grund- und Bodenrechte mit dem Auftrag, die Entwicklung der Infrastruktur zu übernehmen und die Benutzungsrechte gewinnbringend weiterzuverkaufen. Als eigenständige Betriebe dürfen die LGFVs dafür Kredite aufnehmen.

Mit der Übertragung der Vermarktung der Landnutzungsrechte auf diese Betriebe durch die Regionen oder Kommunen entsteht ein neues kapitalistisches Geschäftsmodell, die Vermarktung der Landnutzungsrechte wird ein eigenständiges Geschäft: Der Investition in die Erschließung folgt ein Ertrag aus dieser Investition durch den Weiterverkauf der Landnutzungsrechte. Das Unternehmen, das die Landnutzungsrechte hat, braucht aber erst

einmal einen Kredit als Kapitalvorschuss, um das Land zu erschließen und die Nutzungsrechte danach an ein Industrie- oder Bauunternehmen zu verkaufen. Aus dem Verkaufserlös kann es den Kredit bedienen und für sich Gewinn herausholen. Das Geschäftsmodell dieser Vehikel ist kreditwürdig, weil es ein lohnendes Geschäft verspricht. Die Kommunen können und dürfen sich im Unterschied dazu nicht einfach am freien Kapitalmarkt verschulden. Es entsteht ein neues, von der vorherigen Verschuldung der Kommunen abgetrenntes, auf Kredit gegründetes Geschäft, das die vom Staat gewollte Urbanisierung und Industrialisierung auf einer höheren Stufenleiter vorantreibt.

— Die Kreditaufnahme der Kommunen wird vom Zentralstaat beschränkt. Die Vehikel sind als selbstständig wirtschaftende Betriebe von dieser Kreditbeschränkung befreit.

Die Kommunen sind ja keine kapitalistisch wirtschaftenden Unternehmen. Sie kümmern sich um ihre Einnahmen und ihren Stand in der Konkurrenz zu anderen Kommunen. Dafür vermarkten sie die ihnen zugeteilten Landnutzungsrechte. Um die Industrialisierung in ihrer Kommune voranzubringen, nehmen sie für die Erschließung des Landes Kredite auf. Damit verschaffen sie sich zwar Einnahmen, aber nicht um ein Geschäft zu betreiben, sondern mit der Perspektive, dass an ihrem Standort eine industrielle Entwicklung stattfindet, von der sie dann auch als Kommune profitieren. Ganz anders treten die Landnutzungsvermarktungsgesellschaften auf. Deren Geschäftsmodell sieht so aus: Sie sind im Besitz von Landnutzungsrechten, die sie mit Gewinn verkaufen wollen. Den Kredit für die Erschließungskosten können sie aus dem Verkauf der Nutzungsrechte bedienen. Dieses Geschäftsmodell ist so attraktiv, dass allein schon die Nachfrage der LGFVs nach Grundstücken zur Vermarktung der Nutzungsrechte und damit deren Preis ständig stark steigt.

— Die erfolgreichen Geschäfte dieses Geschäftsmodells ziehen dann wieder neue Kredite nach sich, weil der Erfolg deren Kreditwürdigkeit untermauert.

— Diese Vehikel sind richtige kapitalistische Unternehmen. Dadurch soll auch ausgeschlossen werden, was bei den Kommunen der Fall war: Dass durch die Konkurrenz um die Ansiedlung von Industrieunternehmen Landnutzungsrechte zu billig verkauft bzw. nach nicht kapitalistischen Kriterien vergeben werden und der Korruption Vorschub geleistet wird.

— Der Kredit ist andererseits die Grundlage dafür, dass sie wegen der steigenden Preise für weitere Nutzungsrechte beginnen, diese zu horten, und sich deshalb den Vorwurf der Zentralregierung einhandeln, so die Nutzung des Landes zu verhindern.

Das ist eine Kritik, die vom übergeordneten Standpunkt der Zentrale, die Wirtschaftsentwicklung insgesamt voranzutreiben, herkommt. Die Finanzvehikel handeln bezüglich ihrer Aufgabe nur konsequent, ihr Vorgehen steht aber im Widerspruch zum staatlichen Standpunkt, dass von dem Boden kapitalistisches Wachstum produktiver Art ausgehen soll und außerdem die Landwirtschaft ein unersetzlicher Beitrag zur nationalen Ökonomie und zur Versorgung des Volkes ist und dass ihr daher auch dafür genügend Land zur Verfügung stehen muss.

— Der entscheidende Punkt ist, dass die Finanzvehikel einen anderen Zweck haben als die Kommunen. Sie wollen ein Geschäft machen und Geld verdienen.

— Dafür spekulieren sie auf die Wertsteigerung dieser Nutzungsrechte. Bei entsprechender Nachfrage halten sie sich mit dem Verkauf zurück, um später höhere Verkaufspreise zu erzielen. Diese Sorte Spekulation widerspricht dem staatlichen Zweck der industriellen Erschließung des Landes.

Das *Resultat* dieser Spekulation widerspricht dem Zweck, nicht die Tatsache, dass sie spekulieren. Die ist eher der Hinweis darauf, dass das Geschäftsmodell der Vehikel von Anfang an eine Spekulation ist.

— Das ganze Geschäft ist deshalb von Anfang an spekulativ, weil aus dem Verkauf der Landnutzungsrechte ein kapitalistisches Geschäft gemacht wird.

Der Ausgangspunkt ist die Vermarktung des Rechts auf die zukünftige Benutzung eines Stück Landes. Durch die unterschiedlichen Bedingungen wie Lage, Infrastruktur usw. ist es eine Konkurrenzfrage, wie sich die Nachfrage nach den Grundstücken entwickelt, und damit eine spekulative Angelegenheit, welche Preise zu erzielen sind. Je weiter die Urbanisierung und Industrialisierung voranschreitet, desto mehr steigt die Nachfrage nach diesen Nutzungsrechten. Das treibt die Preise nach oben. Das Setzen auf diese Preissteigerung ist die andere Seite der Spekulation.

*

Auf diese Art und Weise kam nicht nur die fortschreitende Nutzbarmachung von Grund und Boden für die Industrialisierung und Urbanisierung in China voran, dadurch wuchs, wie es der Artikel unter der Überschrift „Kredit für den Wachstumszirkel“ (S. 77) beschreibt, auch so etwas wie ein *Finanzkapital* heran.

— Die Finanzvehikel treten als Nachfrager nach Kredit auf, um für den Verkauf der Nutzungsrechte das Land zu erschließen. Die steigende Kreditnachfrage führt zu einem rasch wachsendem kommunalen Bankensektor. Waren das Unterabteilungen der Zentralbank oder der China Development Bank oder private Banken?

Zusätzlich zu der ursprünglich für die Finanzierung der kapitalistischen Industrialisierung eingerichteten China Development Bank sind nach und nach neue Subjekte des Finanzmarktes entstanden, die mit dieser Bank nichts mehr zu tun haben. Es sind eigenständige kommunale Banken, die wie private Banken agieren, die die von den Kommunen geschaffenen Finanzvehikel finanzieren. So ging Stück für Stück die Entwicklung des chinesischen Finanzkapitals. An dieser Stelle im Artikel wird auf den Wachstumszirkel hingewiesen: Das Wachstum der Finanzvehikel und das Wachstum der dafür neu in die Welt gekommenen kommunalen Banken schieben sich wechselseitig an.

— Seit 10 bis 15 Jahren dürfen sogar auch wirklich private Banken in China ihre Geschäfte machen, indem sie z.B. Baukonzerne finanzieren. „Mit der Perspektive einer profitablen Nutzung von Landflächen finanzieren chinesische Banken die Voraussetzungen dafür; umgekehrt entwickeln die mit der Erschließung der Flächen beauftragten Staatsbetriebe mit soliden Schulden und Zinszahlungen das private chinesische Bankkapital.“ (S. 77).

Ob die Bank in privater oder staatlicher Hand ist, ist nicht entscheidend. Der Unterschied liegt auf einer anderen Ebene: Die vorher besprochenen Kredite waren abgeleitet von der chinesischen Zentralbank und deren Unterabteilungen. Sie haben ihre Quelle darin, dass der Staat seine Zentralbank zur derartigen Kreditschöpfung ermächtigt. Die jetzt entstehenden eigenständigen kommunalen Banken vergeben Kredite an solvente Geschäftemacher und spekulieren darauf, dass sie lohnende Geschäfte finanzieren und dass der Kredit mit Zinsen zu ihnen zurückfließt. Das Kreditgeschäft stärkt ihre finanzielle Macht, so dass sie dadurch ihre Kreditvergabe weiter ausdehnen und vermehrt Gewinne machen können. Das Resultat ist die Entstehung eines wenn auch noch kleinen Finanzmarktes. Auf S. 77 geht es um das Wesen des privaten Bankgeschäfts, das hier einschlägig wird: Vergeben Banken einen Kredit an einen kreditwürdigen Schuldner, behandeln Banken das in ihren Büchern als solide Forderung und als Grundlage dafür, weiteren Kredit zu vergeben. Die Kreditschöpfung gründet sich damit auf den Geschäftsverkehr der Banken, auf durch sie kreditierte gelingende kapitalistische Geschäfte.

— „Der Nutzen liegt auf beiden Seiten.“ heißt es auf S. 77. Das meint doch, dass einerseits die LGFVs Finanzmittel brauchen und dafür die Banken benötigen, und zugleich die Banken die gegebenen Kredite zu ihrem Geschäftsmittel machen, indem sie auf deren Basis neue Kredite vergeben. Auch andere erfolgversprechende Unternehmen werden damit finanziert. So baut sich diese Sphäre des Finanzkapitals auf und die Banken mehren ihre private Finanzmacht mit Krediten, die wie Guthaben behandelt werden und einen soliden Sockel für die Ausweitung des Kreditgeschäftes bieten.

Bei diesem Wachstumszirkel geht es um das Verhältnis der LGFVs, die sich um die Erschließung der Flächen und die Vermarktung von Landnutzungsrechten verdient machen und daran verdienen, zum Bankenwesen. Angesichts des wachsenden Flächenbedarfs für industrielle Entwicklung und Städtebau und der Perspektive eines lohnenden Geschäftes auf diesen Flächen kreditieren kommunale Banken die LGFVs. Für diese Landvermarktungsagenturen ist es ein lohnendes Geschäft, weil es viel zahlungskräftige Nachfrage nach der Dienstleistung „Flächennutzungsrecht plus Infrastruktur“ gibt. Daher sehen die Banken sie als solide Schuldner, die die Kredite bedienen und mit Zinsen zurückzahlen.

Indem diese wachsenden Geschäfte und damit einhergehend die Finanzierung des Bausektors, der die Infrastruktur und Produktionsgebäude aufbauen soll, für diese eigenständigen kommunalen Banken und auch für das in engen Grenzen zugelassene private Bankgeschäft eine lukrative Grundlage und Geschäftsquelle sind, entwickelt sich ein kapitalistisches Finanzwesen in China. Während es früher nur eine chinesische Zentralbank und eine chinesische Entwicklungsbank gegeben hat, entsteht darüber eine wachsende Finanzkapital-Landschaft mit unterschiedlichen rein chinesischen Banken.

*

Eine weitere Entwicklung des Finanzkapitals findet bei den LGFVs selbst statt: Die Vermarktungsgesellschaften dürfen nach der Finanzkrise 2008 nicht nur Kredit bei den Banken aufnehmen, sondern auch Anleihen ausgeben, die wiederum als solide Wertpapiere in den Tresoren der Banken Grundlage für weitere Kreditgeschäfte sind. Bei der Finanzierung der LGFVs findet ein Übergang statt von der Kreditnahme bei Banken hin zur Emission von Anleihen.

Das ist ein Fortschritt zu einer Art Kapitalmarkt, auf dem nicht nur Banken mit Leihgeschäften aktiv sind, sondern auch andere finanzkapitalistische Subjekte, in erster Linie die LGFVs, die selber Finanzkapital schöpfen, indem sie ihre Schulden als Wertpapiere verkaufen. Damit stiften sie Geschäftsmittel für einen sich entwickelnden chinesischen Kapitalmarkt mit *neuen Akteuren* wie Treuhandfonds, Vermögensverwaltern usw., die diese Anleihen kaufen.

— *Die globale Finanzkrise 2008 führte bei der Exportnation China weltweit zum Absatzeinbruch seiner produktiven Sphäre. Um resilienter gegen solche Krisen zu sein, wollte die KPCh einen stabilen innerchinesischen Finanzmarkt entwickeln, den sie selber im Griff hatte.*

Nicht erst als Reaktion auf die Finanzkrise haben sich die Anfänge eines chinesischen Finanzkapitals entwickelt, sondern, wie besprochen, schon mit der chinesischen Variante, Grund und Boden über die Vermarktung von Bodennutzungsrechten für kapitalistische Geschäfte in Form der LGFVs nutzbar zu machen und dieses Geschäft erst staatlich und dann im großen Stil über kommunale Banken zu kreditieren. Das Bemerkenswerte daran ist: Dieses Finanzkapital ist kein Derivat des Dollar-Imperialismus oder sonstiger auswärtiger Finanzierung oder Direktinvestitionen, sondern ein vom chinesischen Staat initiiertes, in China geborenes und schließlich mit der Erlaubnis zur Anleiheemission zur Blüte gebrachtes chinesisches Finanzkapital. Zwar gab es auch auswärtige Anleger, der in China geschaffene Kapitalmarkt ist aber kein Teilmarkt eines internationalen Finanzmarkts.

— *War der enorme Zuwachs bei den Treuhandfonds von 46 im Jahr 2002 auf 4395 Fonds in 2017 nicht eine Reaktion auf die Finanzkrise 2008?*

Zu klären ist, worin die Reaktion bestand. Die internationale Finanzkrise 2008 hat auch China betroffen, insbesondere weil es einen Großteil seines kapitalistischen Wachstums durch Exporte auf dem Weltmarkt bewerkstelligt. Gegen den Einbruch der weltweiten Geschäfte und das dadurch ausbleibende Wachstum hat China eine große Offensive gestartet und versucht, durch Maßnahmen im Land das chinesische Wachstum wieder voranzubringen. Das Mittel hierfür war wieder der Kredit, zur Verfügung gestellt einerseits durch den Staat und andererseits dadurch, dass man allen möglichen Gesellschaften erlaubte,

in größerem Maße selbst Kredit zu kreieren, darunter an vorderster Stelle den Landvermarktungsagenturen. Um einen Beitrag zu dieser Investitionsoffensive zu leisten, wurden diese dazu ermächtigt, zur Kreditschöpfung Anleihen auszugeben. Das hat so gut funktioniert, dass schließlich tausende Vermögensverwaltungen entstanden sind, die diese Anleihen der LGFVs in ihren Depots haben.

— Und diese Anleihen können wieder neu beliehen und zur Grundlage neuer Finanzgeschäfte werden. Das Kreditmittel wird so selber zum Geschäftsmittel, das führt zu einer riesigen Aufblähung des Kredits. Die Zahl in der Fußnote zeigt das Ausmaß.

Das passierte nicht nur in immensem Ausmaß, sondern bedeutete auch eine qualitative Veränderung: China hat dadurch tatsächlich bei sich alle Elemente eines modernen Kapitalmarktes etabliert.

— Der Artikel charakterisiert das als den eigentlichen Beginn des dortigen Kapitalmarktes.

Der eigentliche Startschuss ist der Übergang der Landvermarktungsagenturen von einfachen Bankkunden zu eigenständigen Akteuren auf dem Finanzmarkt, die ihre Schulden als Anleihen verkaufen und anderen Finanzmarktakteuren ermöglichen, wiederum ihre Geschäfte mit diesen Wertpapieren zu machen. Ausgerechnet diese Landvermarktungsagenturen gelten als besonders sichere Emittenten von Anleihen, weil es sich dabei um staatliche Betriebe handelt, bei denen die Anleger auf eine ordnungsgemäße Bedienung der Wertpapiere spekulieren.

*

Beim nächsten Jour fixe am **30. November 2026** werden noch offene Fragen zum ersten Teil des Artikels **Grundeigentum und Finanzkapital in China (GS 3-26)** diskutiert. Dann geht es weiter mit der Spekulation im Wohnimmobilienmarkt und der Rolle des Finanzkapitals dabei (S. 79 ff).